

Landkreis Kassel

Ausschuss für Arbeit, Jugend, Frauen und
Soziales

Wilhelmshöher Allee 19 - 21, 34117 Kassel

Kassel, 20.9.2010



Niederschrift

der **26.** öffentlichen Sitzung des Gremiums

Ausschuss für Arbeit, Jugend, Frauen und Soziales

(Wahlzeit 2006 - 2011)

am Mittwoch, 15.09.2010

von 15:00 bis 17:40 Uhr

**in 34376 Immenhausen, Echter Straße 2/Ecke Neue Straße,
Wohnpflegeheim f. Schwerst-Schädel-Hirn-Verletzte**

I. Zu der heutigen Sitzung wurden mit Schreiben vom [01.09.2010](#) schriftlich eingeladen:

- die Mitglieder des Ausschusses für Arbeit, Jugend, Frauen und Soziales
- der Herr Kreistagsvorsitzende
- die Damen/Herren stellv. Kreistagsvorsitzende
- die Mitglieder des Kreisausschusses
- die/der Vertreterin des Ausländerbeirates
- die/der Vertreterin des Seniorenbeirates

Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung wurden am [10.09.2010](#) in der Tageszeitung „Hessische/Niedersächsische Allgemeine,, – Ausgaben Kassel, Hofgeismar und Wolfhagen – öffentlich bekannt gemacht.

II. An der Sitzung nehmen teil:

Siehe Aufstellung am Ende der Niederschrift

III. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung wird um 15:00 Uhr [von dem Vorsitzenden Herrn Denn](#), eröffnet. Er stellt fest, dass die Einladung ordnungsgemäß erfolgte und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben ist.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil :

TOP 1 2010/1907-1

Satzung über die Teilnahme an der Kindertagespflege, die Erhebung von Kostenbeiträgen und die Gewährung einer laufenden Geldleistung

und

Kostenbeitragsordnung für Kindertagespflegeleistungen des Landkreises Kassel

TOP 2 2010/1975

Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Jugend- und Freizeiteinrichtungen

TOP 3 2010/1967

Antrag der CDU-Fraktion vom 21.08.2010 betr. „Neuorganisation der Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen“

TOP 4 2010/1950-1

Personal für das „Job-Center“ gem. SGB II ab 01.01.2011

TOP 5 2010/1966

Antrag der SPD-Fraktion vom 09.08.2010 zur Einrichtung eines Runden Tisches zur Zukunft des Arbeitsmarkts in der Region Kassel

TOP 6 2010/1969

Antrag der CDU-Fraktion vom 12.08.2010 betr. „Zukunftssicherung der Gesundheit Nordhessen Holding AG

TOP 7 2010/1971

Antrag der SPD-Fraktion vom 24.08.2010 betr. „Schülerbeförderung“

TOP 8 2010/1972

Antrag der SPD-Fraktion vom 24.08.2010 betr. „Erhalt der Verbundausbildung“

TOP 9 2010/1973

Antrag der SPD-Fraktion vom 24.08.2010 betr. „Einrichtung einer Koordinierungsstelle „Bürgerschaftliches Engagement“ für den Landkreis Kassel“

TOP 10 Mitteilungen, Anfragen, Verschiedenes

Abhandlung der Tagesordnung:

Öffentlicher Teil :

TOP 1 2010/1907-1

Satzung über die Teilnahme an der Kindertagespflege, die Erhebung von Kostenbeiträgen und die Gewährung einer laufenden Geldleistung

und

Kostenbeitragsordnung für Kindertagespflegeleistungen des Landkreises Kassel

Vorbemerkung:

Zu Beginn der Sitzung weist der Vorsitzende daraufhin, dass aufgrund der zeitgleichen Sitzung des Unterausschusses der Tagesordnungspunkt 2 der heutigen Sitzung am Ende der Ausschusssitzung behandelt wird, damit Herr Pietsch nach Teilnahme im Unterausschuss auch den Ausschussmitgliedern für Fragen und Erläuterungen zur Verfügung stehen kann.

Der Vorsitzende bedankt sich zudem bei Frau Kronibus, dass der Ausschuss im Wohnpflegeheim Phase F der Philippstiftung Immenhausen Gast sein darf. Frau Kronibus gibt daraufhin einen Einblick in die Arbeit der Einrichtung und stellt diese den Ausschussmitgliedern vor. Im Anschluss steht sie noch für Fragen zur Verfügung.

Nach der Vorstellung der Einrichtung durch deren stellvertretende Leiterin tritt der Ausschuss in die Tagesordnung ein.

Frau Heinrich und Herr Kleppe stehen dem Ausschuss für Fragen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:	JA	9
	NEIN	0
	ENTHALTUNG	0
	KENNTNISNAHME	

Beschlussvorschlag:

Dem Kreistag wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die als Anlage beigefügte Satzung über die Teilnahme an der Kindertagespflege,
die Erhebung von Kostenbeiträgen und die Gewährung einer laufenden Geldleistung sowie
2. die Kostenbeitragsordnung für Kindertagespflegeleistungen in der vorliegenden Fassung
wird beschlossen.

TOP 2 2010/1975
Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Jugend- und Freizeiteinrichtungen

Vorbemerkung:

Herr Pietsch steht dem Ausschuss für Fragen und Erläuterungen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:	JA	5
	NEIN	3
	ENTHALTUNG	1
	KENNTNISNAHME	

Beschlussvorschlag:

Dem Kreistag wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Gem. § 27 Abs. 3 Eigenbetriebsgesetz (EigBGes) i. d. F. vom 09.06.1989 (GVBI I S. 154), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. März 2005 (GVBI I S. 218) wird vom Jahresabschluss 2009 und dem Lagebericht Kenntnis genommen.
2. Der Jahresabschluss 2009 wird gem. § 5 Ziff. 11 EigBGes festgestellt und der ausgewiesene Jahresgewinn i. H. v. 22.768,75 Euro der allgemeinen Rücklage zuzuführen.
3. Die Zahlung an den Landkreis Kassel für die Verzinsung des Stammkapitals i. H. v. 120.000,- €, die durch Verfügung des Regierungspräsidiums Kassel vom 20.03.2009 angeordnet wurde, ist der allgemeinen Rücklage zu entnehmen.

TOP 3 2010/1967
Antrag der CDU-Fraktion vom 21.08.2010 betr. „Neuorganisation der Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen“

Vorbemerkung:

Frau EKB Selbert und Herr Umbach stehen dem Ausschuss für Fragen und Erläuterungen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:	JA	5
	NEIN	4
	ENTHALTUNG	0
	KENNTNISNAHME	

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, die Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen weiterhin in einer Arbeitsgemeinschaft mit der Bundesagentur für Arbeit zu organisieren.

TOP 4 2010/1950-1
Personal für das „Job-Center“ gem. SGB II ab 01.01.2011

Vorbemerkung:

Frau EKB Selbert und Herr Umbach stehen dem Ausschuss für Fragen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:	JA	7
	NEIN	2
	ENTHALTUNG	0
	KENNTNISNAHME	

Beschlussvorschlag:

Dem Kreistag wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Gemäß §§ 44 g und 44 k des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – Grundsicherung für Arbeitsuchende – (SGB II) in der ab 01.01.2011 gültigen Fassung werden für die „gemeinsame Einrichtung“ (Job-Center) im Sinne des § 44 b SGB II für das Haushaltsjahr 2011 folgende zusätzlichen Planstellen zur Verfügung gestellt:

Gruppe	Anzahl
A 10 BBesG	2
EG 10 TVöD	2
EG 9 TVöD	25
EG 6 TVöD	2
EG 5 TVöD	2
zusammen	33

Die entstehenden Personalkosten sind Teil der Gesamtverwaltungskosten im Sinne des § 46 Abs. 3 SGB II und werden dem Landkreis von der „gemeinsamen Einrichtung“ erstattet.

Der Kreisausschuss wird ermächtigt, die nähere Ausgestaltung und Organisation der gemeinsamen Einrichtung durch eine Vereinbarung mit der Agentur für Arbeit Kassel zu regeln (§ 44 b Abs. 2 Satz 1 SGB II). Mit Blick auf die noch offene Frage einer Option zum 01.01.2012 hat sich der Kreisausschuss dabei auf das notwendigste zu beschränken.

TOP 5 2010/1966
Antrag der SPD-Fraktion vom 09.08.2010 zur Einrichtung eines Runden Tisches zur Zukunft des Arbeitsmarkts in der Region Kassel

Vorbemerkung:

Nach Beratung im Ausschuss wird über den Antrag der SPD-Fraktion abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:	JA	4
	NEIN	4
	ENTHALTUNG	1
	KENNTNISNAHME	

Beschlussvorschlag:

Dem Kreistag wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der SPD-Fraktion wird abgelehnt.

TOP 6 2010/1969
Antrag der CDU-Fraktion vom 12.08.2010 betr. „Zukunftssicherung der Gesundheit Nordhessen Holding AG

Vorbemerkung:

Frau Selbert steht dem Ausschuss für Fragen und Erläuterungen zur Verfügung.

Nach Beratung im Ausschuss werden der Antrag der CDU-Fraktion und der konkurrierende Antrag der SPD-Fraktion bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zurückgestellt.

TOP 7 2010/1971
Antrag der SPD-Fraktion vom 24.08.2010 betr. „Schülerbeförderung“

Vorbemerkungen:

Frau EKB Selbert steht dem Ausschuss für Erläuterungen und Fragen zur Verfügung.

Dem Ausschuss liegen Anträge der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis90 Die Grünen vor.

Nach Beratung im Ausschuss formulieren die Mitglieder der SPD- und CDU-Fraktion einen gemeinsamen Antrag mit folgendem Wortlaut:

1. Der Kreistag des Landkreises Kassel sieht in der Tatsache, dass Jugendliche, die aus finanzschwachen Familien kommen und die Gymnasiale Oberstufe besuchen wollen, oftmals die Schülerbeförderungskosten nicht aufbringen können, einen unhaltbaren Zustand. Gleiches gilt für die Schülerinnen und Schüler der Beruflichen Schulen, wenn diese dort ihre schulische Bildung fortsetzen wollen, ohne sich in einem bezahlten Ausbildungsverhältnis zu befinden.
2. Der Kreisausschuss wird beauftragt, über den Landkreistag in Verhandlungen mit dem Bundesgesetzgeber zu treten und zu fordern, dass bei

der durch das Bundesverfassungsgericht vorgeschriebenen Neuordnung des Regelsatzes nach SGB II für Kinder und Jugendliche die Schülerbeförderungskosten zusätzlich und in vollem Umfang übernommen werden.

3. Der Kreistag des Landkreises Kassel stellt fest, dass der Landkreis für die Beförderungskosten zu weiterführenden Schulen nicht zuständig ist und auch nicht herangezogen werden darf.

4. Der Kreisausschuss wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Bedingungen Schülerinnen und Schüler, deren Eltern nur über geringes Einkommen verfügen, die aber nicht unter die Regelungen des SGB fallen, auf Antrag eine Erstattung der Beförderungskosten aus der Sparkassenstiftung Landkreis Kassel "Soziales und Sport" oder den zweckgebundenen Gewinnausschüttungen der Kasseler Sparkasse erhalten können.

Im Anschluss wurde über den gemeinsamen Antrag der SPD- und CDU-Fraktion abgestimmt, dem sich auch die Mitglieder der FDP-Fraktion und der Bündnis 90 Die Grünen anschlossen:

Abstimmungsergebnis:	JA	9
	NEIN	0
	ENTHALTUNG	0
	KENNTNISNAHME	

Beschlussvorschlag:

Dem Kreistag wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Kreistag des Landkreises Kassel sieht in der Tatsache, dass Jugendliche, die aus finanzschwachen Familien kommen und die Gymnasiale Oberstufe besuchen wollen, oftmals die Schülerbeförderungskosten nicht aufbringen können, einen unhaltbaren Zustand. Gleiches gilt für die Schülerinnen und Schüler der Beruflichen Schulen, wenn diese dort ihre schulische Bildung fortsetzen wollen, ohne sich in einem bezahlten Ausbildungsverhältnis zu befinden.

2. Der Kreisausschuss wird beauftragt, über den Landkreistag in Verhandlungen mit dem Bundesgesetzgeber zu treten und zu fordern, dass bei der durch das Bundesverfassungsgericht vorgeschriebenen Neuordnung des Regelsatzes nach SGB II für Kinder und Jugendliche die Schülerbeförderungskosten zusätzlich und in vollem Umfang übernommen werden.

3. Der Kreistag des Landkreises Kassel stellt fest, dass der Landkreis für die Beförderungskosten zu weiterführenden Schulen nicht zuständig ist und auch nicht herangezogen werden darf.

4. Der Kreisausschuss wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Bedingungen Schülerinnen und Schüler, deren Eltern nur über geringes Einkommen verfügen, die aber nicht unter die Regelungen des SGB fallen, auf Antrag eine

Erstattung der Beförderungskosten aus der Sparkassenstiftung Landkreis Kassel "Soziales und Sport" oder den zweckgebundenen Gewinnausschüttungen der Kasseler Sparkasse erhalten können.

TOP 8 2010/1972
Antrag der SPD-Fraktion vom 24.08.2010 betr. „Erhalt der Verbundausbildung“

Vorbemerkung:

Herr Umbach steht dem Ausschuss für Fragen und Erläuterungen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:	JA	5
	NEIN	0
	ENTHALTUNG	4
	KENNTNISNAHME	

Beschlussvorschlag:

Dem Kreistag wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Kreistag des Landkreises Kassel nimmt mit großem Bedauern zur Kenntnis, dass das seit 1997 gut funktionierende und anerkannte Programm der Verbundausbildung, welches die landkreiseigene gemeinnützige Arbeitsfördergesellschaft im Kreis Kassel mbG (AGIL) koordiniert nicht verlängert wird und daher für die nächsten Jahre keine neuen Ausbildungsverbände geschaffen werden können.
2. Der Kreistag des Landkreises Kassel teilt die Kritik des Verbandes der Metall- und Elektro-Unternehmen (M+E) in Nordhessen, dass das Ende der Ausbildungsverbände für unsere Region die falsche Entscheidung sei.
3. Der Kreistag des Landkreises Kassel stellt fest, dass bis auf weiteres zur Sicherstellung eines auswahlfähigen Angebots an Ausbildungsplätzen in der Region Kassel Verbundausbildung notwendig ist.
4. Der Kreistag des Landkreises Kassel fordert die Hessische Landesregierung auf, zeitnah eine Alternativfinanzierung zur Sicherung der Verbundausbildung vorzunehmen. Oberstes Ziel muss sein, auch für 2011 eine Verbundausbildung in bewährter Form anbieten zu können.

TOP 9 2010/1973
Antrag der SPD-Fraktion vom 24.08.2010 betr. „Einrichtung einer Koordinierungsstelle „Bürgerschaftliches Engagement“ für den Landkreis Kassel“

Vorbemerkung:

Nach Beratung im Ausschuss wird über den Antrag der SPD-Fraktion abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:	JA	4
	NEIN	5
	ENTHALTUNG	0
	KENNTNISNAHME	

Beschlussvorschlag:

Dem Kreistag wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der SPD-Fraktion wird abgelehnt.

TOP 10 Mitteilungen, Anfragen, Verschiedenes

An die Ausschusmitglieder wurde vor der Sitzung ein Schreiben der Ersten Kreisbeigeordneten Selbert vom 14.09.2010 zur Neuorganisation der Trägerschaft des SGB II zur Kenntnisnahme verteilt.

Herr Lind bittet bei Einladungen auch an ehrenamtlich Tätige darum, zukünftig mit zu berücksichtigen, dass unter den ehrenamtlich Tätigen noch eine Vielzahl an Personen erwerbstätig ist und so zum Beispiel die jetzt anstehende Eröffnung des Pinguinbeckens im Tierpark Sababurg in deren Arbeitszeiten fallen würde. Es wäre daher zu begrüßen, wenn solche Termine an Wochenenden bzw. außerhalb üblicher Werkzeiten stattfinden würden.

Frau EKB Selbert erläutert das Zustandekommens dieses beispielhaft genannten Termins und weist daraufhin, dass man dies selbstverständlich im Übrigen berücksichtigen würde.

Herr Lind merkt an, dass der zeitgleiche Versand zweier Einladungen (Kreistag/Ausschuss) kostengünstiger wäre, würde er gebündelt in einem Umschlag erfolgen.

Frau EKB Selbert sagt auf Nachfrage des Herrn Lind zu, nach Abschluss der Aktualisierung eine Zusammenstellung über die kommunalen Behindertenbeauftragten in den Kommunen des Landkreises zur Verfügung zu stellen.

Denn
Vorsitzender

Kilian
Schriftführer

Teilnehmerverzeichnis:

Teilnehmer	Fraktion	A	E	U	Bemerkung
------------	----------	---	---	---	-----------

Gremienmitglieder (stimmberechtigt)

Stefan Denn	SPD	x			
Uta Erdmann	SPD		x		
Christa Fiege	FDP	x			
Birgit Kaiser-Wirz	CDU	x			
Hartmut Lind	CDU	x			
Christiane Nickel	SPD		x		
Rainer Pfeffermann	SPD		x		
Horst Pilgram-Knobel	SPD	x			
Susanne Regier	Grüne	x			
Annette Schorpp	CDU	x			
Carla Wuttke	SPD	x			
Gisela Stuparek	SPD	x			

Teilnehmende Personen (ohne Stimmberechtigung)

Galina Przewosnik	IWG	x			
Andreas Güttler	SPD		x		
Gerald Herber	SPD		x		
Ralf Pfannkuche	SPD		x		
Jutta Rüddenklau	CDU	x			
Thomas Ackermann	Grüne		x		
Siegfried Klöver	CDU		x		
Maria Luise Niemetz	CDU		x		
Otto Nüdling	SPD		x		
Christa Oehler	SPD	x			
Karsten Schmacke	SPD		x		
Uwe Schmidt	SPD		x		
Freiherr Burkhard Schneider von Lepel	CDU	x			
Karl Schäffer	SPD	x			
Susanne Selbert	SPD	x			
Christian Strube	SPD		x		
Dr. Otger Wedekind	FDP		x		
Wilfried Wehnes	SPD		x		
Friedel Bertram		x			

Verwaltung

Jochen Kilian		x			
Käthe Heinrich		x			
Antje Hesse		x			
Udo Umbach		x			
Uwe Pietsch		x			
Ralph Kleppe		x			

A = Anwesend, E = Entschuldigt, U = Unentschuldigt